

Abschiebungen von Familien an unserer Schule

Eltern aus Stadtallendorf protestieren gegen Abschiebungen und fordern von Kultusministerium und Staatlichem Schulamt konkrete Unterstützung an

Mit diesem Schreiben möchten wir unsere tiefe Sorge und deutliche Empörung über die aktuelle Situation an der Schule unserer Kinder, der Georg-Büchner-Schule in Stadtallendorf, zum Ausdruck bringen. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler sind von der drohenden Abschiebung ihrer Familien betroffen – Familien, die seit Jahren hier leben, arbeiten, integriert sind und deren Kinder fest in unserer Gesellschaft verwurzelt sind. Die Presse hat bereits ebenfalls davon berichtet.

Kinder und Jugendliche, die hier ihre Zukunft sehen, die Deutsch gelernt, Freundschaften geschlossen und teilweise bereits Ausbildungsverträge in der Tasche haben, werden durch diese Maßnahmen in existentielle Angst versetzt. Das ist nicht nur für die Betroffenen selbst traumatisch, sondern erschüttert auch die gesamte Schulgemeinschaft. Mitschülerinnen und Mitschüler verlieren Freundinnen und Freunde, ganze Klassen werden in Unruhe versetzt.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass ausgerechnet gut integrierte Familien, die längst Teil unserer Gesellschaft sind, abgeschoben werden. Wir halten dies für einen untragbaren Zustand.

Daher bitten wir Sie auch vor dem Hintergrund vergangener Demonstrationen in Stadtallendorf, dass sich das Schulamt klar zu dieser Situation positioniert und Verantwortung übernimmt. Schule ist ein Ort, an dem Kinder in Sicherheit, mit Zuversicht und in einem förderlichen Umfeld lernen sollen – unabhängig von der politischen Großwetterlage.

Darüber hinaus appellieren wir an Ihre Menschlichkeit und an die besondere Verantwortung, die Schule und Schulverwaltung tragen: Kinder haben ein Recht auf Bildung, Schutz und Stabilität. Es darf nicht zugelassen werden, dass sie durch politische Entscheidungen in Angst und Unsicherheit versetzt werden. Hier braucht es ein klares Signal des Schulamts, dass diese Kinder nicht allein gelassen werden.

Um die betroffenen Kinder zu unterstützen und die Belastung für die Schulgemeinschaft abzumildern, regen wir an:

1. **Psychosoziale Unterstützung** für betroffene Schülerinnen und Schüler sowie deren Klassen (z. B. durch Schulsozialarbeit oder externe Fachkräfte).
2. **Klare Leitlinien und Kommunikation** an die Schulen, wie mit diesen Situationen umzugehen ist, damit Lehrkräfte Handlungssicherheit erhalten.
3. **Schutzräume innerhalb der Schule** (z. B. Anlaufstellen, Vertrauenspersonen), an die sich betroffene Kinder in akuten Krisenmomenten wenden können.
4. **Öffentliche Positionierung des Schulamts**, dass Bildung und die seelische Gesundheit von Kindern unabhängig von Abschiebungsfragen geschützt werden müssen.

Wir bitten Sie daher nicht nur um eine Stellungnahme, sondern auch um konkrete Informationen, welche Schritte das Schulamt bereit ist, in dieser Angelegenheit einzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschriften